

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

21 (26.1.1914)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugew. monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeh. monatl. 80 P.; am Postkass. 2,10 M. durch den Briefträger 2,50 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postsekret. Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Lokalinserta billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmitt. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Der Sieg der Kabinetts- ordre.

Bethmann, Bassermann, Fehrenbach Arm in Arm.

Am 3. Dezember wetteiferten die bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie in der Zurückweisung der militärischen Annahme. Am 23. Januar aber wetteiferten sie untereinander in der Befürwortung hurradikalischer Gesinnung, in Verbeugungen vor der Armee, vor den höchsten und allerhöchsten Stellen. Am 3. Dezember hatten einige schnodderige Bemerkungen des Kriegsministers die zauberhafte Wirkung, daß sich das ganze Haus mit Ausschluß einer kleinen Minderheit zu einem einmütigen Protest gegen die Regierung zusammenfand. Der Reichskanzler bekam ein Mißtrauensvotum, obwohl er erklärt hatte, das Militär habe Lebergriffe sich zuschulden kommen lassen und das verlebte Recht fände keinen zuverlässigeren Schützer als ihn. Mittlerweile hat der Kriegsminister auf der ganzen Linie gesiegt: es kamen der Jagow-Artikel, die Preisprüche, die Deforierung, die Kronprinzen-Telegramme, die Verfolgungen der Presse. Vor diesen starken Tatsachen sind die Parteien, die sich gegen starke Worte so empfindlich zeigten, vollständig zusammengeklappt, und das bewegliche Parlament voll der Wite, das am 3. Dezember Herrn v. Bethmann sein „Kreuziget ihn“ zurief, ruft ihm heute „Gottanab“!

Man begreift die Zufriedenheit des konservativen Redners, des Grafen Westarp, mit diesem Ausgang der Dinge. Man begreift auch seine fröhliche Zuversicht, daß der West von Differenzen der zwischen den Konservativen und den Mittelparteien zurückgeblieben ist, sich alsbald in Rosenwasser werde auflösen lassen. Sachlich handelt es sich jetzt nur noch um die Frage, von wem und in welcher Richtung die Nachprüfung der Kabinettsordre von 1820 zu erfolgen hat. Daß auch in diesem Punkte der von den konservativen vertretenen Standpunkt siegen wird, unterliegt angesichts des Verhaltens des Reichskanzlers und der Uneinigkeit der Parteien keinen Zweifel mehr. Die Fortschrittler möchten mit dem Sozialdemokraten eine reichsgesetzliche Regelung vorsehen, befinden sich also mit ihnen in formalen Übereinstimmung, sie möchten aber sachlich — im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die die Abschaffung der Militärgerichte fordern — ihre Reform in so engen Grenzen halten, daß an der Nachprüfung des Militarismus praktisch so gut wie nichts geändert wird. Aber auch der fortschrittliche Antrag geht den Nationalliberalen und dem Zentrum zu weit ihnen genügt es, wenn die Prüfung der Rechtsfragen von militärischen Stellen selbst vorgenommen und dem Reichstag von dem Ergebnis Mitteilung gemacht wird. Den Konservativen ist auch dies schon zu viel, sie sagen: den Reichstag geht die Sache überhaupt nichts an. Es wird voraussichtlich nicht lange dauern, bis Graf Westarp in der Lage sein wird, festzustellen, daß die Konservativen auch in diesem letzten und unbedeutenden Punkt vollständig recht behalten haben.

Soviel über den Stand der Rechtsfrage. Faktisch liegt aber die Situation so, daß die Liberalen namentlich die Nationalliberalen, von der Aussicht, an Stelle der Konservativen in den Strahlenkreis der Regierungssonne zu gelangen, vollständig hypnotisiert sind. Die Angriffe der Konservativen auf den Reichskanzler haben einen totalen Umschwung der Stellung zur Folge gehabt. Schon seit längerer Zeit schwebten die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Militärparteien, der Inhalt der beiderseitigen Reden war verabschiedet worden und da der Kriegsminister diesmal keinen unvorhergesehenen Zwischenfall hervorrief, klappte die Regie diesmal tadellos. Herr v. Bethmann durfte diesmal noch viel weniger sagen, als er am 3., 4. und 12. Dezember gesagt hatte, er durfte die Kabinettsordre von 1820 mit der kümmerlichen Ausrede verteidigen, daß sie ja bloß einmal angewendet worden sei, es war für die bürgerlichen Redner, die nach Herrn v. Bethmann sprachen, demnach alles herzlich und vollkommen. Sie beschränkten sich darauf, gemeinsam mit ihm den Reichspatriotismus gegen den konservativ-partikularistischen Preußenpatriotismus herauszupauken und sie überließen sich der angenehmen Vorstellung, sich mit dem Reichskanzler in gemeinsamer Front gegen die Konservativen zu befinden, während doch der vorsichtige Bethmann kein Wort gegen die Junker gesagt, dafür aber desto unfinziger gegen die Sozialdemokratie losgeschlagen hatte.

Mit ihrem Rückzug vor dem Militarismus haben die Mittelparteien des Reichstags Elsch-Lothringen moralisch preisgegeben. Der unwiderbringliche Verlust soll nach den Ankündigungen des Reichskanzlers durch eine „gerechte aber feste Verwaltung“ wettgemacht werden, und Herr Bassermann hat in weiterer Ausführung dieses Gedankens einen Personenwechsel in der Verwaltung der Reichslande angetrieben. Mit Gewalt soll festgehalten werden, was sich gegen die preussische Militärherrschaft entrüstet auflehnt. Auch hier ist der sachliche Erfolg der Konservativen so offenkundig, daß sie über kleine persön-

liche Sticheleien und Hächeleien getrost hinwegsehen können.

Daß unter solchen Umständen die große Anklage der Franks, mit der die Debatte eröffnet wurde, nur auf der äußersten Linken Resonanz fand, ist selbstverständlich. Gegen feste taktische Abmachungen kommt keine Logik der Verdammtheit auf, sie vermag auch Herrn v. Bethmann natürlich nicht daran zu hindern, seine Lektion gegen die Sozialdemokratie herunterzufagen. Es waren ja allerdings ganz schreckliche Dinge, die der Reichskanzler dem Reichstag zu enthüllen wußte, z. B. daß die Sozialdemokratie an die Stelle des stehenden Heeres die allgemeine Volkserfassung setzen will. Herr v. Bethmann hat diese fürchterliche Tatsache aus einigen Artikeln des „Vorwärts“ einmühsam festgestellt, sie hätten ihn vielleicht weniger überreicht, wenn er einmal das Erfurter Programm der Sozialdemokratie gelesen hätte, in der sie selbstverständlich auch schon zu finden ist.

Zwei Gipsel unfreiwilliger Komik erklimmen aber den Reichskanzler; einmal als er — der vom Kronprinzen meist verfolgte Mann — gegenüber einer tatsächlichen Feststellung Frank's über die Freundschaft des Thronfolgers einen loyalen Wutanfall improvisierte, und dann, als er den Sozialdemokraten zurief: „Fahren Sie nur so fort mit der Destruktion des Heeres, damit versteht der Deutsche keinen Spott!“

Der Herr Reichskanzler kann sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie wird so fortfahren wie bisher. Sie wird fortfahren, ihre Grundzüge zu verkünden, sie wird fortfahren die Sabelherrschaft, Absolutismus und Kapitalismus zu bekämpfen, sie wird fortfahren in ihrer ganzen Politik, die sie zur stärksten Partei des Volkes und des Reichstags gemacht hat. Auch durch die Erbärmlichkeit der bürgerlichen Parteien wird sie sich darin nicht hindern lassen. Sie wird so fortfahren wie bisher viel länger und viel weiter, als es den Vertretern der herrschenden Staatsgewalt lieb ist!

Der Kronprinz und seine Freunde.

Vielleicht hat der deutsche Reichskanzler inzwischen schon ein Anerkennungs- und Enttarnungstelegramm des Kronprinzen erhalten. Verdient hätte er es jedenfalls, denn mit einer Energie, die bewundernswert gewesen wäre, wenn sie sich gegen die preußenbündlerischen Beschimpfungen des Deutschen Reichstages gerichtet hätte, hat er die Kritik zurückgewiesen, die der Abg. Frank an der politischen Betätigung des Kronprinzen übte.

Obwohl Frank nicht das geringste sagte, was auch nur von weitem wie als eine Beleidigung des Thronerben auszuwachen hätte, geriet Herr v. Bethmann bei seinen Worten in einen gar gewaltigen Horn und bemühte sich, sowohl durch direkte Zureufe wie durch Vermittlung seines getreuen Wahnwächters den Präsidenten zu einem Ordnungsruf zu veranlassen. Aber selbst der sonst so leicht zu beeinflussende Herr Kaempf konnte in den Feststellungen des sozialdemokratischen Redners nichts erblicken, was über die Ordnung des Hauses verstoßen hätte und er beschränkte sich auf eine Mahnung zur Mäßigung. Deshalb ergriff der Kanzler, der offenbar unter dem geringen Maße von Berücksichtigung, das ihm von Seiten des Kronprinzen bisher entgegengebracht wurde, gewaltig gelitten hat, sofort hinter dem Genossen Frank das Wort, um in einer Erregung, deren Echtheit wir nicht nachprüfen wollen, den „unerhörten Vorwurf“ zurückzuweisen, der darin liege, daß man behaupte, der deutsche Kronprinz stehe in intimer Freundschaft mit Verächtern der Verfassung und mit Staatsfeindlichen. Leider hat es der so mannhafte für den künftigen Kaiser in die Schranken reitende Kanzler bei diesen Kraftworten bewenden lassen. Viel zweckmäßiger wäre es jedenfalls gewesen, wenn er den Nachweis erbracht hätte, daß der „unerhörte Vorwurf“ zu Unrecht erhoben worden ist. So lange die freundlichen Telegramme nach Bayern und Stralsund nicht flüßig und klar demontiert werden können, solange die guten Beziehungen des Thronfolgers zu dem Herrn v. Oldenburg-Yanuschau bestehen, solange sind auch durch einen noch so starken Temperamentsausbruch des leitenden Staatsmannes die Anklagen Franks nicht widerlegt.

Auf diesen Standpunkt stellt sich auch das „Berl. Tag. geb. Blatt“. Es schreibt: Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers widerspricht, wie festzustellen muß, den Tatsachen. Man braucht dem Kronprinzen aus seiner Freundschaft zu bestimmten Personen nicht unbedingt einen Vorwurf machen, sobald Bedenken sich daraus auch erheben mögen. Sätte Herr v. Bethmann Hollweg gesagt, der Kronprinz möge mit dieser oder jener Persönlichkeit verkehren, das sei sein gutes Recht und die Sautschke sei nur das, er, woran kein Zweifel bestehe selber treu zur Verfassung halte, so hätte sich das hören lassen. Statt dessen streitet Herr v. Bethmann in seinem Uebereifer die Klaren allgemein bekannten Tatsachen ab. Oder ist es nicht Tatsache, daß der Kronprinz von Lana-

fuhr aus mit Herrn v. Oldenburg-Yanuschau in Beziehung stand, und ist es nicht Tatsache, daß Herr von Oldenburg ein Verächter der Verfassung und ein Staatsstreichbegehender ist?

Die rechtsstehende Presse fühlt sich natürlich verpflichtet, die Erregung des Reichskanzlers womöglich noch zu überbieten. Sie spricht von „frechen Angriffen“ von „läppischen Anrempelungen“ von „unerhörten Anrempelungen“ usw. Bemerkenswerter Weise aber stellt sich auch die freisinnige „Sozial. Ztg.“ auf die Seite der Kronprinzen. Sie behauptet, daß Franks Worte bei allen Parteien Mißbehagen und Widerspruch hervorgerufen hätten. Auch die Parteien, die mit den Kundgebungen des Kronprinzen nicht einverstanden seien hätten begreifen können, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in leidenschaftlicher Erregung die Äußerungen des sozialdemokratischen Redners schärfstens zurückgewiesen habe. „Der Eindruck blieb lebendig, daß Dr. Frank weder seiner Partei noch dem Volk mit seiner Rede einen guten Dienst geleistet hat.“

Ja, die guten Freisinnigen! Es gefällt ihnen ja auch nicht, daß der Kronprinz so gut mit den agrarischen und antimilitärischen Junkern steht. Aber man darf ihm das doch nicht so groß unter die Nase reiben, man muß ihn fein und in geziemernder Höflichkeit sagen, daß sich das Bürgerium ein wenig zurückgesetzt fühlt. Und außerdem will der Kronprinz doch demnächst auf dem Berliner Presseball erscheinen. Vielleicht läßt er sich dadurch den Eindruck, den die zahlreich anwesenden liberalen Kommerzienräte auf ihn machen, zu einer Aenderung seiner Gesinnung bestimmen.

Deutsche Politik.

Ein „Attentat“ auf den Kronprinzen.

Es scheint, daß irgend ein Achtgrößchenjunge oder ein Geisteskranker dem Kronprinzen zu allem, was ihn jetzt schon auszeichnet, auch noch den Ruhm verschaffen will, wegen seiner Zugehörigkeit zu einem regierenden Hause oder wegen seiner bisherigen öffentlichen Tätigkeit verfolgt zu werden. Es wird nämlich berichtet: Als der Kronprinz Freitag nachmittag 3 Uhr 10 Minuten im Auto in sein Palais Unter den Linden zurückkehrte, stürzte ein Mann die Rampe hinauf und gelangte bis an den Wagenanschlag. Der sofort hinzuspringende Posten packte den Mann und drängte ihn gewaltig ins Schilberhaus. Der Kronprinz, der inzwischen mit seinem Adjutanten dem Wagen entstieg, beobachtete noch die von zwei sofort herbeigeeilten Schutzleuten vorgenommene Festnahme. Der Mann wurde in die dem Palais gegenüberliegende Hauptwache abgeliefert.

Die sonst sehr gebräuchliche Polizei hat bisher der Defektheit nicht mitgeteilt, was es mit dem „Attentat“ auf sich hat. Der halbhoftigste „Berl. Lok. Anz.“ teilt nur mit, daß es sich anscheinend um einen Geisteskranken handelt.

Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

In den Parlamenten erklären die Liberalen günstigstenfalls, die Arbeitslosenfürsorge sei Aufgabe der Gemeinden; in den Gemeindeparlamenten aber sträuben sie sich ebenfalls, Hand an zu legen, um das Uebel der Arbeitslosigkeit zu mildern. Hierfür wieder folgendes Beispiel: Das Gewerkschaftskartell in Göppingen richtete eine Eingabe an die städtischen Kollegien um Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Die Kollegien zeigten sich zu zwei Dritteln aus Nationalliberalen und Fortschrittler und zu einem Drittel aus Sozialdemokraten zusammen. Der Industriellenverband und der Kleingewerbliche Handels- und Gewerbeverein machte ebenfalls eine Eingabe, die von Beleidigungen der Arbeitererschaft strotzte und in der um die Ablehnung des Antrages der freien Gewerkschaften eruchet wird. Die liberale Mehrheit lehnte dann auch die Beratung des Gegenstandes unter Bruch der Geschäftsordnung ab, nachdem der liberale Oberbürgermeister und Landtagsabgeordnete Red einen Vortrag über Arbeitslosenfürsorge gehalten hatte. Der Führer der Nationalliberalen, Kirchner, und der der Fortschrittler, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Wieland, erklärten, daß für die Einführung der Arbeitslosenfürsorge unter den Liberalen keine „Stimmung“ sei. Die Vorlage ging schließlich an einen Ausschuss, auf den man im Hinblick auf die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Kollegienmehrheit keinerlei Hoffnung setzen kann.

Die Nationalliberalen in Sachsen und die Landtagswahlen.

Gegenüber der Meldung, es bestehe Aussicht, daß bei den bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen in gewissen Wahlkreisen ein Wahlbündnis zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen geschlossen werde, schreibt das Organ der sächsischen Nationalliberalen, die „Sächs. Nationallib. Kor.“: „Bei den Stichwahlen werden die Nationalliberalen ihre nationale Pflicht zu erfüllen wissen. Dazu bedarf es gar keiner Abmachung. Darüber hinaus aber — das wird man sich auch auf konservativer Seite sagen müssen — kann sich die nationalliberale Partei zu irgendwelchen Abmachungen mit den Konservativen nicht verleben. Solche Abmachungen

4.
in für
spiele
1914
ung.
1914
-F.-V.
schaft
1 Uhr;
landen,
mix
e. 2008
er
7775
5
ts
er
ng.
Semmer
Semmer
soll ver-
liche An-
tag, den
9 Uhr,
Don den
kann auf
straße 6,
den. 8910
ka
9978
en
0 tons
anben
ine
ife.
=
egung.
Ulrich
-York
tags
:
werpen.
ener,
15.
!
Be Betten
stend
3.-
D 7.-
großer
ndwahl.
133
de hoch
Kirche

mit den Konservativen würden der politischen Situation in Sachsen nicht entsprechen; sie würden in den Wählermassen sowohl der Konservativen wie der Nationalliberalen, wie die Dinge nun einmal liegen, nur auf Verdruss und Abneigung stoßen.

Die Konservativen sind besonders über die „scharfe Form“ der nationalliberalen Erklärung sehr verstimmt. Die „Leipz. Neue Nachr.“ klagen: „Wir haben in Sachsen doch wirklich bitter nötig, auf ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien Sachsens hinzuwirken, da nur durch ein solches der sozialdemokratischen Gefahr mit Erfolg begegnet werden kann.“

Ludwig Rexhäuser gestorben.

Am Donnerstag ist im Krankenhaus zu Jüssen im Oberbayern Ludwig Rexhäuser, der frühere Redakteur des Verbandsorganes der Buchdrucker gestorben. Er hat in der deutschen Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle gespielt. Nach den Tarifstreitigkeiten im Jahre 1896 kam er, der Bayer, nach Leipzig, übernahm die Redaktion des „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“, des Buchdruckerorganes, das von ihm nicht nur in durchaus tariftreuem, sondern auch im Sinne strenger Neutralität der Gewerkschaften redigiert wurde.

Amerika.

Spionagearbeit in amerikanischen Arbeiterorganisationen. Es steht fest, daß die großen Gewerkschaftsführer, namentlich

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Fünfundzwanztes Kapitel.

Zellennachbarn.

Meine Zellennachbarn sind: Wetterling, „der ewige Eindrehler“, so genannt, weil er im Zuchthaus, wo er nicht mehr einbrechen kann, unaufhörlich versucht, auszubrechen. Er trägt jaft immer Fesseln und erträgt seine zahlreichen Peitschenstrafen pflegend.

Gestern nun hat mir meine liebliche Stimme, die man durchaus zur Feier eines Hochamtes für den Papst haben wollte, großen Nutzen gebracht. Ich unterhalte mich nämlich in kurzen Sätzen, die ich auf die Melodie des Choralis sang, sehr gut mit dem armen de Koo. Ein Franzose, dessen Namen ich aus patriotischer Scham verschweigen will,

der Eisenbrückenbauer, angestregten Prozesse nicht ohne die intensiver Arbeit von Geheimspionisten möglich gewesen wären. Durch die Gefährnisse einiger der benutzten Spionisten und sonstige Feststellungen weiß man, daß es sich bei den wirklich vorgekommenen Gewalttätigkeiten gegen öffentliche und Privatgebäude, sofern sie nicht im direkten Auftrage der Unternehmerorganisation ausgeführt worden sind, sogar um Doppelagenten handelt, die sich das Vertrauen der Organisationen zu erschleichen und unaufgeklärte Gewerkschaftsführer für ihre „Theorien“ einzunehmen gewußt haben.

Badische Politik.

Militärvereinliche Hundedemut. Der Militärverein Bretten faßte in seiner Generalversammlung eine Entschliebung zum Fall Zabern, in der er dem Oberst und den Offizieren des 99. Infanterieregiments „Anerkennung und Hochachtung“ für ihr Verhalten auspricht. Der Schlußsatz dieser Resolution lautet wörtlich: „Der Militärverein Bretten sieht sich zum Ausdruck seiner Gefühle umso mehr veranlaßt, als leider ein großer Teil der deutschen Parlamentarier und der Presse in dieser Frage eine recht undeutsche Gefinnung betätigt hat.“

Zu Sachsen der angefochtenen Landtagswahl in Offenburg wurden, so schreibt man uns, am letzten Freitag neun Personen zur eiblichen Einberufung vor dem Wahlkommissar im Rathhaus in Offenburg eingeladen. Dabei ist zu rügen, daß alle neun Personen gleichzeitig auf drei Uhr geladen worden sind.

Es fällt scheint's so manchem Beamten in leitender Stellung schwer, sich in die Lage derjenigen Menschen zu versetzen, denen die Ausfüllung jede Stunde mit nützlicher Tätigkeit, Pflicht oder Notwendigkeit ist, sonst wäre dieser geringe Uebelstand, der — wie man bei dieser Gelegenheit hört — noch bei manchen Behörden üblich sei, längst verschwunden. Diese Gepflogenheit bedingt aber auch für den Staat, d. h. für die Steuerzahler, einen höheren Entschädigungsaufwand.

der heimlich im Dienst der deutschen Polizei steht, hatte de Koo mit einem heiklen Auftrag in Eläß-Rothbringen betraut und ihn dann sofort angezeigt, um die Prämie zu erhalten. De Koo hatte sechs Jahre Zuchthaus vor sich — und am Schluß all dieser biographischen Einzelheiten teilte er mir plötzlich mit, daß er das Perpetuum mobile gefunden habe.

Wir waren jetzt im Hochsommer 1899, und beständig liefen Gerüchte um, daß alles Personal und alle Gefangenen unseres Zuchthaus demnächst „verfest“ werden sollten. Wo würde ich nun noch hinkommen? Auf Begnadigung war nicht mehr zu hoffen da ein fürliches Gnadengesuch der Meinen abermals abschlägig beschieden worden war.

Zur selben Zeit hatten die Verhandlungen des Drehfußprozesses das ganze Zuchthaus in Aufregung versetzt, obwohl die meisten Sträflinge keine Ahnung vom richtigen Sachverhalt hatten; viele glaubten, Drehfuß sei in Deutschland verhaftet und von Deutschland an Frankreich ausgeliefert worden. Der Wärter brachte mir jeden Tag die Zeitung, die ich gierig verschlang. Um mich herum waren natürlich alles Drehfüßler und man hörte nur immer die drei Namen: Pola, Labori, Drehfuß.

Nun sind wir im Februar 1900, und der Umzug hat schon begonnen; er geht in kleinen Trupps, nach und nach vor sich. Natürlich sind solche Umzüge ein Genuss für die Gefangenen, da sie notgedrungen allerlei Freiheiten gewahren. Die Disziplin lockert sich, man macht Beinahe was man will und wird kaum bestraft. Zu jener Zeit wurde ich mit der Reinschrift verschiedener Gerichtsverhandlungen und Akten betraut, die eine ganz köstliche Humoreske enthielten, deren Schlußkapitel sich vor meinen Augen abspielte.

Für unsere Abgeordneten bietet sich hier die dankbare Aufgabe, bei Gelegenheit der Beratung des Etats der Justiz und Verwaltung im Landtage entschieden für eine zweckmäßige Ladung aller vor den Behörden zu Erscheinenden einzutreten, damit endlich einmal die in dieser Richtung schon des öfteren in der Presse erhobenen Klagen verschwinden.

Zentriale Rabulistik.

Was die Zentrumspreffe ihrem gedankenlosen Lesepublikum zu bieten mag, geht aus einer Notiz in der „Freib. Tagespost“ hervor, die ein genialer Zentrumsredakteur wie folgt zusammenrechenste:

Die „schwarze“ Gefahr im Kongo. Freisinnige und rote Blätter bringen jetzt lange Berichte über eine Interpellation in der belgischen Kammer wegen der „schwarzen“ Gefahr im Kongo. Sie geben genau wieder, was die liberalen und sozialdemokratischen Redner gegen die katholischen Missionen, hauptsächlich gegen die Jesuiten vorgebracht haben. Sie vergessen aber zu melden, was der Kolonialminister zu ihrer Verteidigung gesagt hat. Was vergessen noch mehr: nämlich eine Bilanz zu ziehen über das, was die Jesuiten und Sozialdemokraten und Liberalen für den Kongo getan haben. Wir wollen das Verfümte nachholen:

Table with 2 columns: Item and Count. Includes categories like Krankenhäuser, Lazarette, Volksschulen, etc., for Jesuits and Social Democrats/Liberals in the Congo.

Und da macht man sich an, öffentlich über andere zu Gerichten zu sitzen! Wir sind so hochast, die Statistik noch um eine dritte Nummer zu bereichern:

Table with 2 columns: Item and Count. Similar to the previous table, but for the Zentrum (Center) in the Congo.

Und dabei macht sich das Zentrum noch an, über andere Parteien zu Gerichten zu sitzen.

Deutscher Reichstag.

(Schluß der Freitags-Sitzung.)

Interpellationen in Sachen Zabern.

Reichstagslangler v. Bethmann-Hollweg: Ich will zuerst auf die Ausführungen des Herrn Vorredners eingehen. Daß Arbeit darüber bestehen muß, wenn das Militär eingezogen hat, ist selbstverständlich. Das Militär hat daran ein eigenes und dringendes Interesse. Der Grund, daß das Militär erst auf Requisition der Zivilbehörden einmarschieren darf, ist verfassungsmäßig richtig. Daß es Ausnahmefälle geben kann, in denen es einer solchen Requisition nicht bedarf, ist von der preussischen Verfassungsurkunde anerkannt worden.

Zu jener Zeit erinnerte sich plötzlich O'Connor, der Mann mit dem wunderbaren Stod, einmal wieder an mich und schickte mir durch den Wärter ein Geschenk, in Gestalt eines Viertel Pfund Schmalz. Als ich es in meine Butterdose füllte, spürte ich plötzlich mitten in der weichen Masse einen harten Gegenstand. Sorgfältig löste ich ihn heraus: es war ein Brief von O'Connor an mich, in dem er mich bat, ihm, wenn ich nach Paris zurückgekehrt sei, doch einen anderen Stod, nach einlegendem Entwurf, anzufertigen zu lassen. Er würde ungefähr um dieselbe Zeit wie ich frei werden und sich dann unzulänglich nach Paris begeben, um den Stod abzuholen. Als Dank dafür würde er mich lehren, falsche Banknoten zu machen. Schade, daß ich diesen Brief nicht habe aufheben können!

Mit einem Schläge wurde meine Lage wieder erträglich, ja fast behaglich, durch die lebenswürdige Hilfe von Felix S., der mein neuer Postmeister ward. Nun hatte ich auch täglich wieder meinen guten Wein und für meinen Milchkafee morgens ein köstliches Stüd Kuchen. Zwischen Halle und Paris flogen die Briefe wieder hin und her, Zeitungen und Bücher wurden mir geschickt. Besonders die Nachrichten aus Transvaal interessierten mich lebhaft: der südafrikanische Krieg war ausgebrochen und ich war natürlich ein glühender Burenverehrer. Sechs schöne Monate voll Schmelgerei lagen noch vor mir; es war Oktober, und im März sollte das Zuchthaus geräumt werden. Was danach kam war wieder ein Untertauchen ins Unbekannte, vor dem mir graute.

Nun sind wir im Februar 1900, und der Umzug hat schon begonnen; er geht in kleinen Trupps, nach und nach vor sich. Natürlich sind solche Umzüge ein Genuss für die Gefangenen, da sie notgedrungen allerlei Freiheiten gewahren. Die Disziplin lockert sich, man macht Beinahe was man will und wird kaum bestraft. Zu jener Zeit wurde ich mit der Reinschrift verschiedener Gerichtsverhandlungen und Akten betraut, die eine ganz köstliche Humoreske enthielten, deren Schlußkapitel sich vor meinen Augen abspielte.

(Fortf. folgt.)

nach Lage der Verfassung, Gesetz und allgemeinem Recht rechts. Die Vorrichtung von 1890 ist für das preussische Militär und die angeschlossenen Kontingente zusammengestellt. Die Angriffe richten sich dagegen, daß diese Vorschriften in einzelnen Teilen Unklarheiten enthalten. Der Streit, ob die Kabinettsordere von 1820 Gültigkeit hat, geht an dem Kernpunkte vorbei, der bestimmt, wie sich das Militär verhalten soll, wenn die Zivilbehörden auferstehen sind, Recht zu schaffen. In dieser Richtung kann die Rechtsmäßigkeit der Kabinettsordere nicht bestritten werden. In der Kabinettsordere ist auch enthalten, daß das Militär eingreifen kann, wenn die Zivilbehörden zu lange zögern; diese Vorrichtung ist bis auf Jähren niemals angewendet worden. Das Kriegsgericht von Jähren hat die Dienstvorschriften von 1890 als rechtsmäßig anerkannt. Nachdem infolge der Jäherner Vorgänge der Streit entstanden ist, ob die Vorschriften von 1890 Gültigkeit haben, sollen jetzt diese Dienstvorschriften einer Prüfung unterzogen werden, ob sie den allgemeinen Rechtsgrundsätzen entsprechen. Diese Prüfung ist im Gange und sie wird mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden. Damit ist alles geschehen, was geschehen kann (Hört, hört links) und ich hoffe, daß es möglich sein wird, auch bei den Truppenteilen im Reichsland eine Uebereinstimmung herbeizuführen. Was den uns vorgelegten Gesetzesentwurf angeht, so erinnere ich daran, daß die einzelnen Fälle in den Dienstvorschriften von 1851, 1861 und zuletzt von 1890 vorgegeben sind. Ein Gesetz wird immer nur einzelne Bestimmungen treffen können. Wo Zweifel bestehen, muß Klarheit geschaffen werden.

Es ist im Lande verfaßt worden, die Anweisung als ungenehmigt hinzustellen. Jähren ist der einzige Platz, wo die Anweisung in Anwendung kam. Von den Verhältnissen in den Reichslanden will ich nicht sprechen. Es muß noch viel geschehen, um zu normalen Verhältnissen dort und dem Reich gegenüber zu kommen. Der Jäherner Fall war keineswegs typisch. Es lagen zu viele persönliche Momente vor. Die Reichslande können nur gebeten unter gerechter und einheitlicher Regierung. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Gegensatz zwischen Nord und Süd besteht nicht. Der Versuch, ihn zu schaffen, muß in keine Richtung werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Jäherner und die Schwaben sehen manche Dinge mit anderen Augen an als der Norddeutsche. Jeder deutsche Stamm hat seine Vorzüge und seine Schwächen. Robin aber sollte es führen, wenn jeder Stamm seine eigenen Vorzüge den anderen vorhalten und dessen Schwächen unterstreichen wollte. (Lebhafte Beifall.) Erst kürzlich sind durch solche Dinge über Nacht schwere Vergernisse herbeigeführt worden wider den Willen der Beteiligten. (Beifall und Widerspruch.) Was jeder einzelne deutsche Stamm an Vorzügen und Kraft in sich hat, ist gerade genug für das deutsche Reich. Die bayerische Armee hat auf den Schlachtfeldern von Wörth und Weissenburg, sowie in dem blutigen Ringen von Orléans heldenmütig gekämpft und was errungen worden ist, ist ein glänzendes Zeugnis für die vereinigte Tapferkeit aller deutschen Stämme. (Lebhafte Beifall.)

Auf dieselbe Einmütigkeit rechne ich auch, wenn ich sage, es gilt jetzt, nicht mehr in der Wunde herumzuwühlen, sondern die Wunde zu heilen. Eine einzige Partei wird dem nicht zustimmen, sondern die Jäherner Vorgänge weiter auszunutzen versuchen. Das betrifft die Rede des Abg. Frank und in noch höherem Maße die sozialdemokratische Presse, die gerade in der letzten Zeit ihr Programm, das auf die Schaffung eines demokratischen Militärheeres und die Beschränkung der königlichen Kommandogewalt abzielt, mit besonderer Deutlichkeit offenbart hat. (Lebhafte Beifall redt. Widerspruch bei den Soz.) In der Restriktion seines Heeres aber verliert der Deutsche seinen Spatz. Die Vorfälle in Jähren haben nach der sozialdemokratischen Presse auch ein Paradigma sein sollen für den Gebrauch des Heeres gegen die Arbeiter. Was haben die Jäherner Vorgänge mit den Arbeiterklassen zu tun? Unser Heer ist kein Instrument für Parteikämpfe. Es ist viel zu schade dazu. Uns allen von der Regierung und besonders auch dem Kriegsminister widerstrebt das Gefühl, das Heer zum Polizeibüro zu machen.

Zu wessen Nutzen aber dienen diese sozialdemokratischen Entstellungen? Das lehrt ein Blick in die auswärtige Presse, die alles für bare Münze nimmt, was unsere sozialdemokratische Presse schreibt, die dann ihrerseits wieder die Stimmen des Auslandes als Obedienten benutzt. Die Sozialdemokratie, die sich vielleicht noch weniger gegen die reale Macht des Heeres als gegen den Geist der Zugehörigkeit von Heer und Volk wendet, spricht von einer konstitutionellen Soldateska. Nun, unter der Herrschaft dieser konstitutionellen Soldateska ist das deutsche Reich mehr als ein Menschenalter hindurch ein Hort des europäischen Friedens gewesen. Unter der Herrschaft dieser konstitutionellen Soldateska sind Handel und Industrie aufgeblüht und hat das deutsche Reich eine führende Rolle auf dem Gebiete der Sozialpolitik gespielt. Unter derselben Herrschaft hat die Bekämpfung aller Volkskräfte zu Erlagen geführt, die ihresgleichen in der Welt haben. (Lebhafte Beifall.) Die Ueberzeugung, daß das Volkstheer die Nation jünger halte und daß es unentbehrlich ist zur Erhaltung unserer Stellung in der Welt, werden wir uns nicht dadurch trüben lassen, daß an einem einzigen Ort Dinge vorgefallen sind, deren Wiederkehr niemand wünscht. (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Müller-Meinungen findet Besprechung der Interpellationen statt.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Heute kann ich dem Reichskanzler eine andere Meinung entgegenbringen als bei der ersten Interpellations-Debatte. (Ja, ha bei den Soz.) Wir wollen die Wunde nicht von neuem aufreißen. Wir haben die neue Beschränkung des Reichstags gehört. Was ich Geheimrat Koeth auf dem Kommerz des Vereins deutscher Studenten geleistet hat, daß der Reichstag genötigt sei, auf den Anien zurückzunehmen was er damals beschlossen hat, das übersteigt doch die Grenzen des Zulässigen. Ich kann kein Wort meiner früheren Rede zurücknehmen. Man hat es leider verabsäumt, dem einstimmigen Volk zu sagen, daß eine Ehre einzutreten werde. Die Verurteilung des Leutnants von Forstner ist und bleibt eine Verleumdung. Es ist nicht festzustellen worden, ob es in Jähren wirklich innere Unruhen gegeben sind. Es werden wohl Verdächtigungen einzelner gewesen sein, die zu den Ausschreitungen führten. Die Vorgänge bei dem Straßburger Diner, die Ablehnung des Extra, zugeben doch zu denken. Jetzt sind die Urteile rechtskräftig geworden und das Volk versteht sie nicht. Ich schäme die Objektivität der Militärgerichte außerordentlich hoch. Aber in diesen Fällen handelt es sich um einen politischen Prozeß. Bei Leutnant von Forstner möchte ich annehmen, ist geradezu eine Verleumdung. Angenommen ist durchaus, daß Oberst von Reutter all Verantwortung allein auf sich genommen hat. Ich hoffe, daß die Evaluation nach dem Urteil nicht allgemeine Bespottungen wird, die geeignet ist, das Vertrauen in die Justiz zu erschüttern. Die Kabinettsordere von 1820 hat für Straf-Löschungen keine Gültigkeit. In Straf-Löschungen ist nicht alles lapidar, wie der Abgeordnete von Caller meinte. Wir wollen ein großes Straf-Löschungen schaffen, aber auch ein treudeutsches. Das Verhältnis zwischen Militär und Zivil in Straf-Löschungen ist nicht so wie in anderen Gegenden Deutschlands. Dem Preußen-Tum möchte ich sagen, daß seine Mitglieder nicht eigene Wege gehen sondern nichts weiter sein wollen, als ein starker Arm an den kräftigen deutschen Baum. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dem Schlagwort „Eingriff in die Kommandogewalt“ wird viel Unruhe getrieben. Auch an dem Reichstag ist Kritik geübt worden, auch mir gefällt er nicht. (Geisterheit.) War es nötig, daß die Preußen-Tage einen Unterschied zwischen dem Norden Deutschlands und dem übrigen Deutschland konstatierte? Die Preußen-

an dem gemeinsamen Vaterland wollen wir uns durch Fagel-schlag nicht voneinander lassen.

Abg. Wassermann (Nat.): Auch wir können den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers nur zustimmen. Wir haben am 3. und 4. Dezember die mittlere Linie gehalten und tun es auch heute noch. Der Vorwurf, daß wir einen Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers verübt hätten, ist unzutreffend. Neben der Kommandogewalt des Kaisers besteht auch das Subgetreide des Reichstages. Die Rechtslage der Jäherner Vorgänge kann hier nicht entschieden werden. Schlagwörter führen hier nicht zum Ziele. Unzweifelhaft haben die Zivilbehörden in Jähren versagt. Sie hatten nicht die nötige Erkenntnis ihrer Pflicht. In Bezug auf die Beurteilung der Rechtsmäßigkeit des Vorgehens des Obersten von Reutter gehen die Urteile der Strafrechtslehrer auseinander. Die Kompetenzen zwischen Militär- und Zivilverwaltung müssen scharf abgegrenzt werden. Hier muß der Reichskanzler Remedies schaffen. Straf-Löschungen ist das Aufmarschgebiet, gegebenenfalls das wirkliche Schlachtfeld. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, daß auch die Zivilbehörden von deutscher Pflicht und Treue durch und durch erfüllt sind. Die Mehrheit des Reichstags ist von der rechten Seite schwer angegriffen worden, in erster Linie wegen der Einführung der Besitzsteuer und dabei hat gerade die Rechte die Regierung auf diese Steuer hingewiesen. Niemand verkennt die Verdienste Preußens um die Reichsgründung. Ebenso protestieren wir auch gegen eine Beschränkung von Reichseinrichtungen. Die von Bismarck geschaffene Einigung muß aufrecht erhalten bleiben. Die glänzende Entwicklung des Reiches ist auf das Zusammenwirken der Regierung und Parlament zurückzuführen. Diese Entwicklung geht weiter vorwärts, denn sie hat feste Grundlagen im Volk.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Wohl selten ist die Auffassung so bestritten worden, wie diejenige meiner Partei in der Jäherner Angelegenheit. Bestätigt hat sich auch unsere Auffassung von der Haltung der Zivilbehörden. Aus dem Vorwurf, daß es sich dort um eine Soldateska handelte, ist die Armee rein hervorgegangen. Die Verfehlungen eines jungen Leutnants haben sofort eine ausreichende Sühne gefunden. (Lachen links.) Die Armee, die in Jähren provoziert wurde (Widerspruch links), hat ihre glänzende Redfertigkeit gefunden. Für uns ist mit der Entscheidung der Gerichte der Fall Jähren erledigt. Die Regelung für das Eingreifen der bewaffneten Macht mit oder ohne Requisition durch die Zivilbehörden ist Sache der Landesherren innerhalb der durch die Verfassung und durch die Militärkontingenten in ihren Kontingenten gewährleisteten Rechte. Wir können dem Reichstag nicht das Recht zusprechen, in diese Zuständigkeit der Kommandogewalt einzugreifen. Die Anträge der Sozialdemokraten, Elsäßer und Fortschrittler lehnen wir ab. Aber auch die weniger einschneidenden Anträge der Nationalliberalen und des Zentrums werden wir ablehnen. Herr von Heidebrand hat im Abgeordnetenhaus nicht die Auflösung des Reichstages verlangt, sondern gesagt, bei einer Neuwahl hätten die Wähler die Gegner der Verhörerlage zum Teufel geschickt und nicht in den Reichstag. Ich konstatiere, daß der Preußentag keine Verantwortung der Konserwativen ist. Wir bedauern die Neuerungen auf dem Preußentag gegen einen Bundesstaat und gegen den Reichstag. Als geladene Gäste konnten wir dazu keine Stellung nehmen. Die Kritik gegen die Teilnehmer hat aber hier manchmal die Grenze des Zulässigen überschritten. Gegenüber den Bestrebungen der Sozialdemokratie und der Freisinnigen mußten wir uns schließend vor die Reichsversammlung stellen. (Sehr richtig; Gelächter links.) Wir lassen uns von niemand in der Weisung des Reichesgeheimnisses übertreffen.

Darauf wird ein Verlagsantrag eingebracht, aber auf die Einwendungen des Abgeordneten Scheidemann zurückgezogen.

Abg. Schulz (Reichsp.): Man kennt den Reichstag gar nicht wieder. In seiner Dezemberdebatte war er eine beschämende Maske von Entrüstung. Die Parteien lassen sich jedenfalls davon leiten, daß man es sich drauhen im Lande nicht gefallen läßt, wenn an der Armee gerührt wird. Letzten Endes richtet sich das Mißtrauensvotum nicht gegen den Reichskanzler, sondern gegen den Geist der Verhandlungen. (Widerspruch.) Auch wir auf der Rechten haben ein Interesse daran, daß keine Mißbilligung über die Ordnung mit unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben. Die Vorfälle in Jähren wären in einem anderen Teile des Reiches unmöglich gewesen.

Abg. Petzow (Wirtsch. V.): Erreulich ist, daß sich die heutige Debatte wesentlich ruhiger gestaltet hat als die frühere. Die Befürchtung, daß eine Soldateska-Wirtschaft oder eine Söldnerherrschafft vorhanden sei, hat sich nicht bestätigt. Den Anträgen stimmen wir nicht zu. Der nationalliberale Antrag ist zwar unbedenklich, aber angesichts der Zusage des Reichskanzlers, daß eine Nachprüfung eintreten werde, überflüssig. Die Militärbehörden haben zweifellos besser abgeurteilt als die Zivilbehörden.

Ein Verlagsvorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Mehrzahl der Nationalliberalen abgelehnt.

Abg. Lebehour (Soz.) verzichtet gegenwärtig auf das Wort.

Abg. Dr. Raumann (N. Vp.) Oberst von Reutter hat seine Freisprechung und seinen Orden bekommen, das Volk aber nicht Sühne und Rechtfertigung. Es stand aber nicht bloß die Ehre der Militärbehörden in Frage, sondern auch die der Zivilbehörden. Die esch-Löschungen Zivilbehörden sind überzeugt, ihre Pflicht getan zu haben. Sie konnten aber dem Reichskanzler nicht widerprechen. Die Elsäßer sind von jeder Art Militärrecht verwirrt. Passiert dort etwas, so löst das noch keine antimilitaristische Stimmung aus. Oberst von Reutter hat sich als politischer Soldat erwiesen; deshalb ist der Mann auch so berüchtigt worden. Graf Westarp hat über den Preußentag mehrmals alle Erklärungen abgegeben, welche aber bestätigen, daß die Preußen von Hork von Wartenburg mit dem Reichstag nicht zufrieden sind. Er wird ihnen zu deutlich. Die Konserwativen haben 773 auch Bismarck überlassen wollen. (Zurufe und Unruhe links.) Als Caprivi ohne die Rechte mit dem übrigen Volk etwas machte, so trat Leberberg in Tätigkeit; denn ein Kommando war noch nicht da. Für uns ist der Reichstag der Ausdruck des deutsch-rationalen Gedankens. Der Reichstag hat gewonnen in der Demokratie.

Abg. Lebehour (Soz.): Der Reichskanzler sprach von schlaflosen Nächten; das kann ihm auch heute passieren, da wir noch einige Zeit zum Verhandeln haben. (Große Unruhe.) Der Kriegsminister hat davon gesprochen, daß die Offiziere berechtigt gewesen sind, den Befehlen des Säbel durch den Leib zu rennen. (Der Kriegsminister hütet den Kopf.) Auf einen Widerspruch war ich gefaßt. Ich nehme Eutacht-Maßnahmen an. (Vizepräsident Dove rief diesen Ausdruck.) Die Einmischung des Kronprinzen in die Jäherner Angelegenheit bedauern wir. Man sollte uns nicht immer revolutionäre Beschlüsse vorwerfen. Sie (noch rechts) haben oft revolutionäre Beschlüsse gegeben. Wir verlangen gleiches Recht für Offiziere und Soldaten; sie müssen dem bürgerlichen Recht unterstellt werden. Die Nationalliberalen sind völlig ungenügend. Militarismus und Junkertum bilden eine Partei gegen das Volk, die die Söldnerherrschafft proklamieren. (Vizepräsident Dove ruft Lebehour wegen Verleumdung des Kronprinzen zur Ordnung.)

Staatssekretär Dr. Desbrüd: Der sachliche und ruhige Verlauf der Verhandlung würde der Reichsleitung keine Veranlassung

geben, nochmals das Wort zu ergreifen. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß es ihr nicht darauf ankommt, in wie weit die Verfassung gewahrt wird, sondern nur einen Stoß gegen die Monarchie und das Heer zu führen. (Sehr richtig rechts, Lärm links.) Der Abg. Lebehour hat über die Person des Kronprinzen Neuerungen gemacht, die zwar formell durch die Krüge des Präsidenten erledigt sind, aber durch die Zusammenstellung des Kronprinzen mit dem Herrn von Wartenburg und seinem Leutnant mit den zehn Mann im Balle die Ansicht verbreiten können, als sei der Kronprinz ein Verächter der deutschen Reichsverfassung. Dagegen lege ich entschieden Verwahrung ein (Bravo rechts). Solange es nicht üblich ist, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen, so widerspricht es auch dem konstitutionellen Maß, die Person des Kronprinzen in dieser Weise in die Debatte zu ziehen. Im Namen der Reichsleitung muß ich dagegen protestieren. In den warmen Worten an sein Gularrenregiment sollten wir einen Hinweis erblicken, daß in dem künftigen Träger der Krone der gute Geist der deutschen Armer lebendig ist (Lebhafte Bravo).

Lebehour (Soz.): Ich wäre dem Staatssekretär dankbar gewesen, wenn er die Regierung veranlaßt hätte, Maßnahmen zum Schutze der Würde und Ehre des Reiches zu treffen. Wir halten die monarchische Einrichtung für veraltet (Lachen; Hört, hört und Lärm). Der Kronprinz hat zwei Telegramme geschickt; das steht doch fest; wenn man sich darauf nicht mehr berufen kann, dann hört doch Alles auf.

Vizepräsident Dr. Dove: Diese Erörterungen sind außerordentlich peinlich. Es wäre besser gewesen, wenn die Debatte, ohne persönliche Spitze geblieben wäre. Wenn der Abgeordnete Lebehour dem Staatssekretär vorgeworfen hat, er sei landflüchtig geworden, so entspricht das nicht der Würde des Hauses. Damit ist die Besprechung der Interpellationen erledigt.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen tritt Beratung ein.

Nächste Sitzung: Samstag 1 Uhr, Anträge betreffend Befugnisse der bewaffneten Macht, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Staatsberatung. Schluß 3/4 Uhr.

Sitzung vom 24. Januar.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines von der fortschrittlichen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfes über die Befugnisse der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt. Auf Vorschlag des Präsidenten wird hiermit verbunden die Beratung der Initiativanträge der Elsäßer Sozialdemokraten, Nationalliberalen und des Zentrums, die sich auf die Regelung der Befugnisse der bewaffneten Macht, Aufhebung der militärischen Gerichtsbarkeit und Nachprüfung der Dienstvorschriften über den Waffengebrauch des Militärs vom Jahre 1890 beziehen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (N. Vp.): Ich beantrage, den Antrag des Zentrums auf Regelung der Befugnisse der bewaffneten Macht sofort anzunehmen und die übrigen Anträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Der Reichskanzler hat zwar eine entgegenkommende Haltung eingenommen, aber nicht gesagt, was geschehen soll, damit solche Vorurteile, wie sie sich in Jähren ereignet haben, in Zukunft vermieden werden. Es genügt nicht, hier eine Resolution zu fassen; wir haben damit schon so schlechte Erfahrungen gemacht, daß wir uns keinen Nutzen davon versprechen. Aus den Worten des Reichskanzlers im Herrenhaus scheint hervorzugehen, daß er auf die Anregungen des Reichstages überhaupt nichts zu tun beabsichtigt. Wir haben ja aus der Zusammenstellung der Beschlüsse des Bundesrates über die Resolutionen des Reichstages gesehen, daß dies zutrifft. Bei dieser Gelegenheit muß ich dagegen protestieren, daß auf die Beschlüsse des Reichstages nicht eingegangen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Antworten des Bundesrats sind eine ununterbrochene Reihe von Proklamationen des Reichstages. (Stürmische Zustimmung.) Es scheint, als ob ein Konflikt vom Saune gebrochen werden soll. Keine Partei, die etwas auf sich hält, kann sich das gefallen lassen. Wenn je eine parlamentarische Solidarität notwendig war, so ist es im jetzigen Zeitpunkt. Auch für die Zukunft dürfen wir uns keine derartige Behandlung gefallen lassen. Die Süddeutschen können den norddeutschen Brüdern auch etwas Gutes und wollen ihnen das ausgehen in Form eines Gesetzentwurfes. Wir wollen den Frieden zwischen Militär und Zivilgewalt, zwischen Kommandogewalt und Volk schaffen.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Ich schließe mich den letzten Worten des Vorredners an, zumal da der Reichskanzler eine zustimmende Haltung angenommen hat. Angesichts der Erfahrungen bei der Behandlung unserer Resolutionen ist es angebracht, der Regierung nicht blind zu vertrauen. Die Anträge sollten möglichst einmütig angenommen werden. Unser Antrag dürfte unbedenklich sein. Die übrigen bitte ich einer Kommission zu überweisen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen zur Geschäftsordnung: Wir sind bereit, auch den Antrag Wassermann sofort anzunehmen.

Abg. Gasse (Soz.): Die energischen Worte Dr. Müllers sind zwar erfreulich, ohne energische Taten haben sie aber keine Bedeutung. Wenn der Reichstag auch nur einen Funken Selbstachtung besitzt, so müßte er der Regierung seine ganze Macht zeigen und sich die Fußstapfen nicht gefallen lassen.

Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner wegen dieser letzten Aeußerung zur Ordnung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gasse (fortfahrend): Der Antrag Wassermann sagt nichts, ist aber unbedenklich und wir nehmen ihn, wie die übrigen Anträge an.

Abg. Hauß (El.): Wir sind angesichts des Versprechens des Reichskanzlers doch nicht geneigt, den Tag vor dem Abend zu loben. Wir sind oft scharf enttäuscht worden, hoffen aber, aus der Erklärung des Reichskanzlers schliessen zu können, daß ein Versuch gemacht werden wird, den schlafenden Rechtsboden in Elsch-Löschungen wieder zu festigen. Die Befugnisse der Militär- und Zivilbehörden sind in Elsch-Löschungen gesetzlich abgegrenzt. Das Militär hat aber diesen Rechtsboden verlassen. Wir müssen durchzugehen suchen, daß in Elsch-Löschungen wieder Recht und Gesetz gelten.

Abg. Wassermann (Nat.): In Ausnahmefällen muß dem Militär das Recht vorbehalten bleiben, selbständig einzugreifen. Es kann vorkommen, daß die Zivilbehörden überhaupt nicht mehr am Platze sind. Auch bitten wir um möglichst einmütige Annahme.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Rechten mit Ausnahme des Grafen Posadowsky, der für den Zentrumsantrag stimmt.

Der Gesetzentwurf der fortschrittlichen Volkspartei, sowie die Anträge der Sozialdemokraten und der Elsäßer werden einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. — Als erster Punkt steht die Fortsetzung der Beratung des Reichstags des Innern auf der Tagesordnung. Es wird aber gegen die Stimmen der Rechten unter lauten Beifallstrufen ein Verlagsantrag angenommen. Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Etat des Reichsamt des Innern. Schluß 11 Uhr.

Jugendbewegung.

Katholische Jugendverbände.

In der letzten Nummer der katholischen Jugendzeitung „Die Wacht“ ist ein Artikel, der bezeichnend ist für die Kinderzei, mit denen in katholischen Jugendvereinen heranwachsende junge Arbeiter unterhalten werden.

Der Aufsatz schildert den Besuch des heiligen Nikolaus auf einem Jünglingsvereinsabend. Die angehenden jungen Männer haben dem „heiligen Mann“ einen Brief in Versen geschrieben und St. Nikolaus mit der Kute antwortet ihnen darauf:

Dann habt Ihr in Euerm Briefe noch mehr zu klagen:

Wenn wir gehen über die Sträß,
bescheiden, still, erzählen uns was,
gleich heißt es: Junge halt dein Maul!
Du bist zu laut, zu wüst, zu faul.
Und sagt man ganz bescheiden ein Wort,
gleich heißt es: Schid dich, mach dich fort!

So? Könt Ihr denn überhaupt bescheiden still über die Straße gehen? Ich habe das noch nie entdecken können. Am vorigen Sonntag noch hatten wir im Himmel ein großes Konzert, am Abend von 7 bis 8 Uhr. Und wie gerade die schönste Stelle war, da hörte man auf einmal von der Erde herauf ein Brüllen und Schreien und Flühen und Pfeifen, daß wir meinten, die ganze Hölle wäre ausgebrochen. Was war da passiert? Da war gerade die Versammlung in Euerm Jünglingsverein zu Ende und Ihr geht nach Hause; daher kam das Brüllen. Ich glaube, wenn am jüngsten Tag unser Herrgott die Toten auferwecken will, da braucht er gar nicht die Engel mit der Posaune auszuscheiden; da braucht er nur Euch alle auf einmal loszulassen. Ihr macht schon einen solchen Spektakel, daß die Toten davon schon aufgeweckt werden; da kann keiner weiterschlafen, wenn Ihr daherkommt. Dann erzählt Ihr da ja rührende Geschichten von Euerm Jünglingsverein:

Der ist unser einziger Trost geblieben!
les Sonntags zwischen fünf und sieben
Ihn wir zu unserm eigenen Haus,
da treibt so leicht uns keiner raus,
Da wird gespielt und erzählt,
Witze gemacht, auch mal traktiert,
da wird geredet und gelacht,
da wird manch' feines Spiel gemacht,
da wird gelesen und gesungen,
so fein, als wie von Engelszungen.

Ihr hättet nur gleich dabei sehen können: Da wird rabaut und furchtbar standaliert, da wird auf dem Boden gespuckt und über die Bänke gelaufen, da wird die Türe offen gelassen, und da werden die Schuhe vor der Tür nicht abgehoben, da wird gebalgelt und gehauen und gejoht und gepiffen. Seht, das hättet Ihr dabei schreiben können. Und hier steht:

Da wird manch' feines Spiel gemacht.

Rein, das muß heißen:

Da wird manch' feines Spiel kaput gemacht.
Und Ihr schreibt:
Des Präses Vortrag hör'n wir an
und denken: was der reden kann.
Das ist auch gar nicht wahr. Mancher wenigstens denkt bei dem Vortrag im Herzen: Hört der noch nicht bald auf?
Ich bin es satt!

Im Sommer ziehn wir durch Wald und Feld,
bewundern Gottes schöne Welt,
und singen lustige Wanderlieder,
und küssen unsere jungen Glieder!

Ach ja, da sind ja diese schrecklichen Ausflüge des Vereins! Immer, wenn Ihr loszieht, dann sagt unser Herrgott zu den Engeln, sie sollten extra viel Weihrauch in ihr Weihrauchschiff einlegen, damit man den schrecklichen Zigarettenrauch nicht so merkte, der dann immer von der Erde aufsteigt. . . .

Das sind ja prachtvolle Schilderungen, die hier der heilige Nikolaus — sicher ein guter Kenner — von den Sitten in der katholischen Jugendbewegung entwirft. Mit unseren Beobachtungen so mancher katholischer Jünglingsvereine stimmen sie allerdings überein. Das sagen wir nicht pharisäerhaft, denn auch bei uns ist noch manches zu bessern. Solche Schrecksbilder brauchen wir aber von unserer Jugend nicht zu entwickeln. Und wenn wir ihre gar mit so kindischen Geschichten wie dem heiligen Nikolaus lämen und dann den Unfuss auch noch in die „Arbeiter-Jugend“ setzen, so würde uns der jüngste Seherling mit Recht herzhaft auslachen.

Kommunalpolitik.

* Badischer Sparkassenverband. In der letzten Sitzung des Vorstandes des Badischen Sparkassenverbandes wurde anstelle

Das Kinetophon.

L. K. Die „Karlsruher Zeitung“ brachte am Freitag die Nachricht, daß im Großschloß das Edison'sche Kinetophon vorgeführt wurde. Vor den höchsten Herrschaften und ihren Gästen natürlich. Es ist ja bezeichnend für den Oberkapitalismus unserer Zeit, daß alle Erfindungen dieser Art eine gewisse Harenzeit durchmachen müssen, ehe sie zum Volk „herabgelangen“. Lange dauert diese Periode nicht, da es steigt wieder im Sinne unseres vorwärtsstürmenden Zeitalters. In wenigen Monaten vielleicht schon wird der sprechende, singende, musizierende Film in allen besseren Kinos zu bewundern sein.

Einer unserer Mitarbeiter hatte im November vorigen Jahres in Wien, wo der löbliche Film seine Heimat schon absolviert hat, Gelegenheit, das Kinetophon zu hören und zu sehen und schreibt uns darüber folgendes:

Das war im Elitetheater, in einem der elegantesten Schauspieltheater der inneren Stadt. Mitten im Programm gab es plötzlich eine überraschende Einlage und noch dazu eine ziemlich reichliche: Drei Kinetophonpiecen. Zuerst eine berühmte Kinetophonpiece, die mit anmutiger Gebärde und — natürlich — reizendem Minenspiel das Wesen des Kinetophon erläuterte; aus der Leinwand heraus verfiel sich. Und mein erster Eindruck war: „Ach hätte mir mehr unter dieser so lärmend bekannt gemachten neuesten Edison'schen Gabe vorgestellt. Mein Zweites: Es ist wunderbar, wie geistlich genau, wie exakt das gesprochene Wort und das dazu gehörige Lächeln, die sachliche Erläuterung und die untertreibende Handbewegung zusammenfallen. Man empfand: Hier genießt du ein Wunderwerk menschlichen Geistes! Aber dann sagte der Dirigent in mir sein Sprüchlein. Die Kinetophon sah auf dem Kinetofilm um nichts Höherer aus als von jedem anderen besseren Film herab. Und ihre Stimme klang zwar sehr süß, aber: Man hörte deutlich, sehr deutlich, daß ihre fesselnde Vortrag nicht aus der so lebensvoll sich hebenden Brust kam, sondern von einer Grammophonplatte her zu uns herüberkriechte. Ein guter Film, ein gutes Konzertgrammophon, ausgezeichnet, wunderbar prägnant zusammengesetzt. Das ist das Kinetophon; nicht mehr, nicht weniger.

des Oberbürgermeisters Dr. Thoma in Freiburg Herr Erster Bürgermeister Ritter in Hannheim zum ersten Vorsitzenden des Verbandes gewählt.

Bürgermeisterwahl in Bruchhausen. Bei der am Samstag stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister G ü n t h mit 88 Stimmen gegen 75, die auf den Gegenkandidaten Reuter fielen, zum drittenmal als Bürgermeister wiedergewählt.

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

10. Brandstiftung.

Als letzter Fall der Tagesordnung der Januar-Schwurgerichtsperiode kam heute die Anklage gegen den am 28. Juli 1888 zu Würm geborenen Goldschmied und Graveur Hermann Friedrich Müller wegen Brandstiftung zur Verhandlung.

Den Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Dr. Dölter. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Dr. Hafner. Verteidigt wurde der Angeklagte von Rechtsanwalt Stöber.

Dem Angeklagten war zur Last gelegt, daß er am Abend des 30. November abends 9 Uhr zu Würm das Haus seines Vaters, das von dem Maurer Leonhard Niggotti bewohnt ist, vorsätzlich in Brand gesteckt habe, indem er einige auf dem Speicher des Hauses lagernde Reisigbündel mit einem Streichholz anzündete. Der Brand wurde von der Tochter des Hausbesizers im Entzücken entdeckt, und konnte von diesem ohne fremde Hilfe durch gelöst werden, sodaß lediglich das Dachgebälk abbrannte und einige Dachsparren verbrannten. Es kam sofort der Verdacht auf, daß das Feuer gelegt worden war und lenkte sich auf den heute Angeklagten, der sich, wie aus einigen verdächtigen Äußerungen hervorging, schon seit geraumer Zeit mit dem Gedanken trug, das Haus in Flammen aufgehen zu lassen.

Der Angeklagte ist der ihm zur Last gelegten Tat geständig; die Geschworenen bejahten die an sie gestellte Schuldfrage nach vorläufiger Brandstiftung. Das Urteil lautete demgemäß auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende dankte den Geschworenen namens des Gerichts für ihre mühselige Arbeit während der langen Session und entließ sie in ihre Heimat.

* Raubüberfall eines Geisteskranken. Vor dem Mannheimer Schwurgericht war am Donnerstag die Verhandlung gegen den 19jährigen Defektor Fritz F e r t i g aus Mannheim angehängt, der am 27. September 1913 mit Messer und Dolch bewaffnet, einen Raubmord auf den Kaufmann Sally Strauß ausgeführt hatte. Der Angeklagte trat vor dem Gericht in einer Weise auf, die es dem Sachverständigen geraten erschienen ließ, den Antrag zu stellen, den jugendlichen Verbrecher zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die psychiatrische Klinik einzulassen. Der abenteuerliche Bursche erklärte, er habe die Tat nur begangen, um vor die Geschworenen zu kommen, um mit dem Volk reden zu können. Er wollte Gedichte recitieren und sprach das bunteste Zeug durcheinander. Dem Antrag des Sachverständigen wurde stattgegeben, die Verhandlung abgebrochen und der Helfer des Angeklagten, der Kaufmannslehrling Georg Reuter, wurde aus der Haft entlassen.

* Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Am 6. Oktober vorigen Jahres ereignete sich bei der Station Ringsheim zwischen Offenburg und Freiburg ein furchtbares Unglück. Die zwei 4- und 10jährigen Söhne des Gasmislers D o s c h in Ringsheim, die auf einem Fußweg vom Feld zum Bahnhofsgebäude, wurden beim Übergang, dessen Schranken der Bahnwärter zu schließen vergessen hatte, von einem Schnellzug erfasst und buchstäblich in Stücke gerissen. Auch wurde der Wagen zertrümmert, während das Pferd heil davonkam. Der Vater der Knaben war aus einiger Entfernung Zeuge des herzerregenden Schauspiel, ohne helfen eingreifen zu können. Der schuldige Weichenwärter, Josef S a s s u r von Ringsheim, entschuldigte sich damit, daß das Bahntor an jenem Tage nicht funktioniert habe oder von ihm überhört worden sei. Er befand sich an dem betreffenden Tage 6 Stunden im Dienst, dem eine stündige Ruhepause vorangegangen war. Die Staatsanwaltschaft verurteilte ihn wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes und wegen fahrlässiger Tötung zu fünf Monaten Gefängnis.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 22. Januar.

Der Schmied M. R. von Weingarten stieg im Mai d. J. dort durch ein offenes Fenster in die Wohnung des Schmieds D i e g e r ein und stahl aus der Badelasse den Betrag von 7 Mk. Am 6. Dezember d. J. stieg er durch ein vergittertes Fenster, dessen Gitter er zuvor teilweise weggerissen hatte, in die gleiche Wohnung ein und entwendete aus der gleichen Kasse den Betrag von 27 Mk. Der Langfinger stand heute wegen schweren Diebstahls vor der Strafkammer. Diese verurteilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungszeit. In geheimer Sitzung wurde gegen den Tagelöhner A. S c h. von Königsbach wegen Verbrechen gegen § 174 Biff. 1 R. St. O. B.

Aber auch das ist schon genug. Denn die Kinetophon macht reichende Fortschritte und Phonographen, die wirklich einwandfrei das Gehörte wiedergeben, werden auch nicht lange auf sich warten lassen. Wir leben schnell. . . . Als zweites Bild gab es einen Wiener Schundelwäzger. Und es war ein Schauspiel für sich, die mitfühlende Erregung, die glückliche Freilichkeit der Wiener Mädels zu hören, nein, zu spüren, als die feinen Paare da oben vor ihnen, bei den schmelzenden Klängen einer berühmten Salontapelle dahinschwaben. „Holt mir, ich sohr in Himmel ein!“ Hatte es hinter mir ein begeistertster Zuschauer gesagt, oder was die Stimme des schlanken Jünglings auf der Reine, oder was die Stimme seiner Tänzerin durch eine Saalüre malend, eben aus dem indistinkten Lichtquadrat sich drückte? Ich weiß es nicht. Aber das weiß ich, daß im nächsten Augenblick ein Duzend „Ach jaah“ zu hören waren. Und diese Stokkuser aus hochbeglückten Mädchenherzen hätten dem alten Thomas Alva Edison, wenn er sie hätte hören können, sicher eine rechte Freude bereitet; so viel Anerkennung und Entzückung lag in ihnen. Und dann das dritte Bild: Praterfahrt. Man sah ein feines Reuget durch die herrliche Hauptallee saufen, hörte die Hupe auf dem Asphalt klingen, ein Auto buchte hüppend vorüber, ein entzückender Duzar sprengte durch die fliegende Reitallee, daß die Steine stoben, fröhlich kitzte der Sadel an die Sporen.

Und alles, Bild und Ton, immer und immer haarscharf zusammenwirkend. Es hieß die Bedeutung der Edison'schen Erfindung geradezu verkleinern, wenn einer behaupten wollte, sie wäre schon vollkommen. Das ist das Kinetophon heute noch nicht. Aber es ist heute schon in seiner Verschmelzung zweier Wunder unserer Kultur eine ganz überragende Schöpfung. Und sein Ausbau bis zur reiflichen Vollkommenheit wird in demselben Moment erhanden sein, da das Problem der plastischen Naturfarbkinetomatographie gelöst sein wird und wenn der Welt ein Phonograph gegeben sein wird, der jedes Nebengeräusch und alle Klangveränderungen verliert hat. Dann ist die Umwälzung des Theaterwesens da, dann wird alle darstellende Kunst in der leicht erreichbaren Reiz aller sein.

verhandelt. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis, abzüglich 6 Wochen Untersuchungszeit. — Eine Anklage wegen Urkundenfälschung führte den Schreiber W. A. von Odenheim, wohnhaft in Forst, vor die Strafkammer. Dem Angeklagten war zur Last gelegt, daß er im Monat Mai und Juni d. J. zu Forst je einen Wechsel über 500, 250 Mk. und 25 Mk. mit falschem Namen als Giranten unterzeichnet habe, wodurch der Agent Holz bestimmt wurde, die Wechsel in Zahlung zu nehmen resp. einen anderen entsprechenden Entgelt zu leisten. Der Wechsel wurde durch die Staatsanwaltschaft für nichtig erklärt, abzüglich 6 Wochen Untersuchungszeit. — Die Dienstmagd E. B. von Strahburg, wohnhaft in Philippsburg, entwendete ihrer Dienstherrschaft, den Wirt Meuten Franz Meidenstein, in der Zeit vom 8. bis 23. November d. J. eine Anzahl Wäsche und Kleidungsstücke, wie Unterhosen, Strümpfe, Kravatten, sowie einen Derrering im Werte von zusammen ca. 20 Mk. Die gestohlenen Sachen verstaute sie in ihrem Korb und nahm sie bei ihrem Weggang mit. Sie wurde wegen Diebstahls zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, wozu 8 Wochen Untersuchungszeit in Abzug kommen. — Auf die Verurteilung des Fabrikarbeiters A. W. von Guben, der vom hiesigen Schöffengericht wegen Körperverletzung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden war, wurde diese Strafe in eine Geldstrafe von 50 Mk. abgemindert. — Der Hausbesitzer R. N. von Augsburg-Berfen (Nahen) erbrach am 22. November d. J. hier im Hause Rheinstraße 30 die Tür des Schlafzimmers eines Dienstmädchens und stahl aus einer im Zimmer an der Wand hängenden Handtasche 10 Mk. Wegen dieses Diebstahls wurde er vom hiesigen Schöffengericht zu 3 Monaten und 8 Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte die Großh. Staatsanwaltschaft zugunsten des Verurteilten Berufung ein. Diese ergab die Verurteilung des Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis abzüglich 3 Wochen Untersuchungszeit.

Neues vom Tage.

Selbstmord eines Feldwebels.

Frankfurt, 24. Jan. Aus noch unaufgeklärten Gründen erschoss sich gestern mittag der in der 8. Kompanie des 81. Infanterieregiments stehende Albert N i e d e r in der Kaserne. Er hatte bereits 12 Dienstjahre hinter sich und war im 5. Jahre Feldwebel.

Giftmörder Kopff.

Frankfurt a. M., 24. Jan. Der Giftmörder Kopff hat gegen das gegen ihn gefällte Urteil, dessen Einspruchsschrift heute abgelaufen ist, keine Revision angemeldet.

Familiendrama.

Breslau, 25. Jan. In der vergangenen Nacht hat der im 1. Stock eines Hauses der Weigerbergstraße wohnhafte 43jährige Dachdeckermeister Metz sich selbst, seinen 17jährigen Sohn Reinhold, seinen dreijährigen Sohn Paul, seine 14jährige Tochter Mathilde, seine 49 Jahre alte Schwester, die verwitwete Frau Seider, die ihm die Wirtshaft führte, und deren 20jährige Nichte, die Näherin Perenz, durch Leuchtgas vergiftet. Metz war Witwer. Er hatte abends den Gasautomaten im Vorraum der Wohnung geöffnet, ebenso die Verbindungsküre der drei Wohnzimmer und sich dann schlafen gelegt. Heute vormittag entdeckte man die fünf Leichen, deren Tod schon vor 5—6 Stunden eingetreten war. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Zum Tode verurteilt.

Hamburg, 24. Jan. Das Schwurgericht zu Altona hat gegen den 1866 in Altona geborenen Arbeiter Emil Bohn wegen Mordes das Todesurteil ausgesprochen. Bohn hat am 22. Oktober 1913 in der Wilhelmstraße Nr. 6 zu Altona der Arbeiterin Minna Veier den Hals durchgeschnitten. Bohn wurde gleich nach der Tat verhaftet und legte sofort ein Geständnis ab.

Kampf mit einem Verbrecher.

Rattowitz, 24. Jan. Der russische Verbrecher Formill, der gestern zwei Kriminalbeamte, die ihn verhaften wollten, schwer verwundete, traf in der Nacht auf eine Patrouille von Kriminalbeamten. Er setzte sich zur Wehr und eröffnete ein lebhaftes Feuer auf die Beamten, die ihrerseits gleichfalls von der Schutzwaffe Gebrauch machten. In dem sich entzündenden Kampfe wurde Formill getötet.

Grubenunglück.

Bräuel, 25. Jan. In einer Kohlenmine in der Nähe von Rüttich riß das Seil eines Förderkorbes. Vier Bergleute, die sich in dem Korb befanden, wurden beim Sturz auf den Boden sehr schwer verletzt. Einer ist bereits im Hospital gestorben; an dem Aufkommen eines Verletzten wird gearbeitet.

Wölfe in französischen Wäldern.

Paris, 25. Jan. Die ungeheure Räte der letzten Tage dauern an. Die Seime ist in ihrem unteren Teile fast unerschiffbar geworden. Im Walde von Barbillon wurden Wölfe gesichtet. Eine Treibjagd nach ihnen hat keinen einzigen in Strecke bringen können. Auch aus anderen Ortschaften im Norden Frankreichs kommen Nachrichten von plötzlichem Erscheinen von Wölfen. Der Bevölkerung hat sich große Erregung bemächtigt.

Treibeisgefahr.

Miga, 25. Jan. Durch den Eisbrecher „Jermak“ sind 13 Dampfer aus dem Eis befreit worden. Von diesen wurden fünf in den Efen eingeschleppt, die andern wurden durch Wind in südwestlicher Richtung abgetrieben. Heute sind „Jermak“ und „Berkules“ zehn Dampfern zu Hilfe gekommen, die Miga am 19. d. M. verlassen hatten und durch Treibeis nach Neubad und Bernau zu abgetrieben wurden. Die Arbeit der Eisbrecher ist durch Sturm, Nebel und Regen sehr erschwert.

Erdrutsch.

Madrid, 25. Jan. Ein folgenschwerer Erdrutsch ereignete sich gestern in der Tres-Pacios-Mine in Cuerrias, wobei fünf Minenarbeiter getötet wurden. Trotz der angelegentlichsten Rettungsarbeiten konnten sie nur als Leichen geborgen werden.

Von seinem Koch erschossen.

Zanger, 24. Jan. Der französische diplomatische Agent Chevaudier de Valdrome ist gestern von seinem Koch erschossen worden. Er hatte abends ein Diner gegeben, bei dem der Koch sich weigerte, zu servieren. Chevaudier sagte darauf, daß er ihn entlassen werde. Er begab sich dann zu seinen Gästen in den Salon. Der Koch folgte ihm und gab zwei Revolverkugeln auf ihn ab. Chevaudier wurde in den Nacken getroffen und starb nach wenigen Minuten. Der Täter wurde verhaftet.

Opfer des Schneesturms.

Petersburg, 24. Jan. Die letzten Schneestürme am bösnischen Meerbusen haben zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert. Die ganze Gegend wird augenblicklich von Soldaten durchsucht, um die Leichen der Verunglückten zu bergen. In einem der letzten Tage wurden allein 40 Ertrunkene aufgefunden.

Berufung von Autobanditen.

Neuworf, 24. Jan. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, eine Automobilbande zu verhaften, die in der letzten Zeit den Schrecken aller Automobilbesitzer bildete. Sie vertrieben es in geschickter Weise, die Garagen aufzubrechen und die Automobile durch Ladieren völlig unentfesselt zu machen. Der Wert der in den letzten Jahren gestohlenen Automobile wird auf 7 Millionen Dollars geschätzt. Der Führer der Bande, ein gewisser Kuhn, war bereits vor einiger Zeit verhaftet worden. Er hatte ein junges Mädchen zu entführen versucht, worauf seine Geliebte nurmehr aus Rache die ganze Bande bei der Polizei anzeigte.

Aus der Partei.

* 7. badischer Reichstagswahlkreis. Parteigenossen! Sam-

Aus dem Lande.

Durlach.

* Eine öffentliche Volksversammlung, gemeinsam einberu-

Baden-Wader.

— Bürgerauskunftung. (Schluß). Der weitere Punkt

Die Erbauung eines Volksschulhauses in Stadtteil Nichten-

Da die Stadt beim Schlichtungsausschuß schon seit Jahren mit

Die weiteren Punkte: Kanalreinigung der Friedhofstraße,

— Die Kreissteuerkapitalien des Kreises Baden für das

Theater und Musik.

3. Sinfonie-Konzert des Hoftheaters.

Das dritte Konzert fand am Mittwochabend im Theater statt

lichen Bewegung viele ethische und sittliche Momente inne wohn-

Der Konsumverein Baden-Baden wurde mit 188 Mitglie-

Eine Tatsache darf jedoch an dieser Stelle nicht verschwiegen

Offenburger Zeitung.

Genossen, sorgt für einen Massenbesuch; der Schluppappell

* Ein Mann über Bord. Unter dieser Epithete brachte die

Die „Offenburger Zeitung“, die sonst immer mit ihrer

* Mehr Menschlichkeit. Einen demütigenden Anblick

— Aufgabe der Stadterhaltung. Die Zunahme der Ein-

L. Eine Messeraffäre beschäftigt am Donnerstag die Straf-

als Solistin am Flügel. Das gigantische Werk trägt die Züge

Wann endlich wird das Publikum soviel musikalischeren

König von seinen Taten bei der Fremdenlegation zu renomieren

* Seidelberg, 25. Jan. Auf dem Hauptbahnhof wurde der

* Mannheim, 25. Jan. Am Samstag suchte sich ein israeliti-

* Mannheim, 25. Jan. Bei der Fuhmann Kugler am

* Mannheim, 25. Jan. In der Mansarde des 24 Jahre alten

* Wiesbaden, 23. Jan. Hier wurde wegen umfangreicher

* Freiburg, 25. Jan. Grohfeuer ist gestern Abend im

* Lörrach, 25. Jan. In vorgangener Nacht wurde auf der

* Sigmaringen, 23. Jan. Vorgangene Nacht schickte

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 26. Januar.

Das dritte volkstümliche Sinfonie-Konzert,

ausgeführt von der Kapelle des Leib-Grenadier-Regiments 109

Geschichte des Sozialismus.

Eine interessante Abwechslung in der vom Bildungs-

Nach dem Vortrag findet im gleichen Lokal eine Sitzung

Eine Kundgebung für die Verbesserung des Zugverkehrs zwischen Karlsruhe und seinen Nachbarorten.

Eine eindrucksvolle Kundgebung, die hoffentlich auch bei den maßgebenden Stellen die erwünschte Wirkung haben wird, fand letzten Samstag Nachmittag auf dem Rathause in Karlsruhe statt. Zu den ständigen Klagen über unsere Eisenbahnverwaltung gehört auch jene über die wenig rücksichtsvolle Behandlung der Stadt Karlsruhe durch die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnverwaltung.

Wie im innern, so geht es auch der Stadt im äußeren, an Verkehr mit den Nachbarorten und Städten. Die Klagen über die schlechten Zugverbindungen Karlsruhes mit seinen Nachbarorten bilden eine ständige Rubrik in den Zeitungen wie auch in den an den Landtag einlaufenden Beschwerden. Ein Beispiel dürfte diese geradezu handlungsunfähigen Zustände treffend charakterisieren.

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat sich nun, da alles andere nichts nützte zu einem Schritt entschlossen, den man nur begrüßen kann und der nun hoffentlich auch bei der Generaldirektion das bisher schlummernde oder nicht vorhandene Verständnis für die Bedürfnisse der Großstadt wecken wird. Die Stadtverwaltung hat an sämtliche Interessenten, Stadt- und Gemeindeverwaltungen der näheren und weiteren Umgebung, Körperschaften, Handelskammern und Handwerkerkammern, Landwirtschaftskammern, Landtagsabgeordnete u. s. w. eine Einladung ergehen lassen zu einer Besprechung der Frage der Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Karlsruhes mit den Nachbarorten.

Das Hauptreferat zu der zur Behandlung stehenden Frage hatte Herr Stadtrechnungsrat Pfeiff-Karlsruhe der etwa folgendes ausführte:

Der Redner ging von der Feststellung der Tatsache aus, daß bei einem großen Maßstabe die Verkehrsfragen heute eigentlich die Hauptfragen seien. Er freute sich, sagen zu können, daß die Stadt Karlsruhe ihre Verkehrsfragen stets als Hauptfragen behandelt und ihre größten wirtschaftlichen Erfolge auf dem Gebiete des Verkehrswezens erzielt habe.

Wie die Stadt Karlsruhe, so habe auch der badische Staat zur Lösung der Karlsruher Verkehrsfragen schon vieles getan, was mit Dank anzuerkennen sei. Erst in jüngster Zeit habe er mit gewaltigen Aufwendungen die Karlsruher Personenbahnhöfe an neue Plätze gestellt, um der ferneren Verkehrsentwicklung von Stadt und Land freie Bahn zu schaffen.

Unter Vorortverkehr versteht man den Teil des von einer Großstadt ausgehenden oder in ihr endigenden Nahverkehrs, der zu möglichst niedrigen Fahrpreisen mit einlässigen Personenzügen bedient wird, die zum Ein- und Aussteigen von Reisenden auch an solchen Punkten der Bahn anhalten, an denen eigentliche Stationen nicht errichtet sind.

Die Notwendigkeit des Vorortverkehrs für die großen Städte werde von den deutschen Staatseisenbahnverwaltungen anerkannt. Die badische Staatseisenbahnverwaltung habe auf ihrem Reich für die Städte Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Basel einen Vorortverkehr eingerichtet.

Rücksicht und Zweckmäßigkeit, sondern auch Billigkeitsgründe sprechen. In Karlsruhe, dessen Einwohnerzahl jene der Städte Heidelberg, Freiburg und Basel weit hinter sich lasse, seien von der badischen Staatseisenbahnverwaltung 1912 mehr als 600 000 Fahrkarten mehr verkauft worden wie in Heidelberg und Freiburg und mehr als 1 200 000 Fahrkarten wie in Basel.

Die beabsichtigte Maßnahme entspreche den von den Beteiligten geäußerten und von der Gr. Eisenbahnverwaltung jahrelang gepflegten Erwartungen in keiner Weise. Unbedingt müsse gefordert werden, daß die Staatseisenbahnverwaltung bei Karlsruhe, das zum Nachteile der Stadt wie des ganzen Landes nun schon mehrere Jahrzehnte ohne eigene Schuld auf die Verbesserung seiner Zugverbindungen warte, das Verbot nicht in großzügiger Weise gutmaße und einrichte oder veranlasse:

- 1. einen Vorortverkehr im engeren Sinne auf allen in Karlsruhe mündenden Staatsbahnstrecken,
2. einen örtlichen Fernverkehr auf allen für den Personenverkehr wichtigeren Strecken, vor allem also zur Verbindung von Karlsruhe mit Mannheim, Heidelberg, Heilbronn, Pforzheim, Stuttgart, Forbach-Bausbach, Baden-Baden, Heil-Strasbourg, Bergzabern, Landau und Neustadt.

Für Karlsruhe einen Vorortverkehr und einen örtlichen Fernverkehr in dem verlangten Umfang einzurichten, sei zweifellos eine schwierige Aufgabe, die befriedigend nur gelöst werden könne, wenn sie sobald als irgend möglich in Angriff genommen werde und zu ihrer Bearbeitung die berufenen Vertretungen von Stadt und Land, von Industrie und Landwirtschaft, von Handel, Gewerbe und Verkehr möglichst frühzeitig und weitgehend von der Eisenbahnverwaltung herangezogen würden.

Aus allen diesen Gründen müsse dringend gebeten werden, die badische Staatseisenbahnverwaltung möge ihre Entscheidung über die Einrichtung eines Vorortverkehrs und eines örtlichen Fernverkehrs für Karlsruhe nochmals eingehend prüfen und dabei auf den Standpunkt sich stellen, den Großherzog Friedrich I. bei der Karlsruher Rheinbahnfeier am 27. Mai 1902 in die Worte gekleidet habe: Wir müssen trachten, den Verkehr möglichst zu erweitern, auszuweiten und zu entwickeln, damit wir der Zukunft ruhig ins Auge schauen können.

Die am 24. Januar 1914 im großen Rathause zu Karlsruhe zur Prüfung der Frage der Notwendigkeit einer Verbesserung der Zugverbindungen der Stadt Karlsruhe mit ihren Nachbarorten tagende zahlreiche besuchte Versammlung beschloß, die Gr. Eisenbahnverwaltung zu bitten:

- 1. vom Mai 1914 an einen Vorortverkehr auf allen in Karlsruhe mündenden Staatsbahnstrecken einzurichten;
2. vom gleichen Zeitpunkt an zur Verbindung der Stadt Karlsruhe mit ihren wichtigeren Nachbarstädten einen örtlichen Fernverkehr in Form beschleunigter Personenzüge einzuführen;
3. die Vorbereitungen zu diesen Maßnahmen so rasch als möglich in die Wege zu leiten und zur Erzielung zweckmäßiger Lösungen die berufenen Vertretungen von Stadt und Land, von Industrie und Landwirtschaft, von Handel, Gewerbe und Verkehr so frühzeitig und so weitgehend als irgend möglich zur Mitarbeit einzuziehen.

Die anschließende Diskussion war ziemlich kurz. Neues war ja auch nach den vorliegenden, den Gegenstand voll erschöpfenden Ausführungen von Herrn Pfeiff kaum mehr vorzubringen. Auch handelt es sich ja weniger darum, Spezialwünsche oder Beschwerden vorzubringen als

vielmehr um eine einheitliche Kundgebung dafür, daß dieses einmal im Ganzen anders werden muß. Daß dieser Wille, unter allen Umständen eine Änderung herbeizuführen vorhanden war, das zeigt die einstimmige Annahme der Resolution. Jetzt wird wohl die Generaldirektion nicht umhin können, die Frage nicht mehr nur vom grünen Tisch aus, und aus der warmen Stube heraus zu entscheiden, sondern wohl oder übel wird sie auch mal hinaus müssen auf die Strecke, wird sich nach den wirklichen Bedürfnissen und Verhältnissen nicht nach den von ihr eingeleiteten, umsehen müssen.

Der Maskenball des Gewerkschaftskartells.

So hall wie am Samstag Abend war die Festhalle schon lange nicht mehr. Der Zutritt wollte gar kein Ende nehmen. Und es war nicht nur die Arbeiterklasse, die sich zum fröhlichen Maskentreiben eingefunden hatte, in weit größerem Maße hatten sich jene „kleinen“ Leute eingefunden, die nicht das Geld haben für einen „kädtischen“ oder die nicht sich den Jahresbeitrag für einen „besseren“ Verein leisten können. Und das es derartige „kleine“ Leute in der heutigen Zeit recht viele gibt, dürfte mannigfaltig bekannt sein.

Herrenpreise.

- 1. „Nebelverteilungsmaschine bei der Hofbahnöffnung, Patent 1913“; 2. „Der preußische Scherbenkgläser“; 3. „Leinwand und Schuster“; 4. „Obertrübsacher“ (Karlsruher Straßendampfschäuerung); 5. „Fahnenarbeiter“; 6. „Mittel im Aeroplan“; 7. „Der Fortemonnaie-Patriot“; 8. „Der Schönlager“; 9. „Dem Tiel liegt der Knopf im Wege“; 10. „Reichsarbeitslosenversicherung“; 11. „Italienischer Mustikant“; 12. „Der Laßesel“.

Damenpreise.

- 1. „Moderne Arbeitsfrau“; 2. „Mahl-Mahl“; 3. „Neue Mode 1914“; 4. „Schwarzgünder Spinnerin“; 5. „Strohflechterin“; 6. „Mellertin“; 7. „Gummier“; 8. „Kofoko“; 9. „Kuh-Sennerin“; 10. „Spanierin“; 11. „Muffel“; 12. „Spreewärdin“.

Gruppenpreise.

- 1. „Bertrude Süßstadt-Bau“; 2. „Der nerböje Volksjubiläer aus Anielingen“; 3. „Cov-Boys“.

Die Leitung kann mit dem Verkauf der ganzen Veranstaltung vollauf zufrieden sein. Gingen auch die Bogen der Begeisterung oft sehr hoch, war auch das Gedränge manchmal geradezu unheimlich, so daß der schönste vom vorzüglichen Gewerkschaftsorchester gespielte Walzer zum „Schieber“ ausarten mußte, so verlief der Ball dennoch in schönster Ordnung und Eintracht.

Mißstände in der Lumpenfortieranstalt Vogel und Schumann. In einer Lumpenfortieranstalt arbeiten zu müssen, ist an und für sich kein Vergnügen, wenn aber die Arbeitsverhältnisse so ungenügend und unhygienisch sind, wie es bei der Anstalt Vogel und Schumann der Fall ist, dann wird das Arbeiten zur Qual. Im Präraum der „Anstalt“, in dem sich viel Staub entwickelt, wird der Ventilator nur in Tätigkeit gesetzt, wenn der Besuch der Fabrikinspektion angeht.

Einwohnerzahl. Nach der Berechnung des städtischen Statistischen Amtes hat die Bevölkerung der Stadt Karlsruhe im Jahre 1913 um 4789 Personen oder — auf 1000 Einwohner berechnet — um 34,26 % zugenommen (1912 um 2526 Personen oder 18,58 %).

Veranstaltungen.

Der weltberühmte Jirku Carré, der vom 31. Januar bis 15. Februar in dem Kolossalbau der Frankfurter Festhalle mit zwei Manegen, 500 Mitwirkenden, 300 Musikern und 250 Menagerietieren gastieren wird, will, wie uns von der Direktion mitgeteilt wird, auch im Laufe des Sommers seine Vorstellungen bei uns aufspielen. Der Dreimanngezwirns in Frankfurt

ist das größte Unternehmen, was bis jetzt in Europa gezeigt wurde. Jede Vorstellung wird in Frankfurt mit 80 Attraktionsnummern ausgefüllt werden, während im Sommer nur 40 Nummern — ein fast vierfaches Programm die Besucher in Spannung halten wird. Die Festspiele werden sich auch zu einem Kongress internationaler Kritiker gestalten, da alles was an bedeutenden Attraktionen aufzutreiben war, für die Festspiele in Frankfurt verpflichtet wurde. Auch eine Völkerschau von vieljähriger Schönheit wird sich dort etablieren und das Interesse der Besucher wachhalten.

Letzte Nachrichten.

Die Türkei rüft.

Athen, 24. Jan. Man verfolgt hier die türkischen Truppenbewegungen in Kleinasien mit großer Besorgnis. Die Zahl der Truppen, die an der kleinasiatischen Küste zusammengezogen werden, wächst von Tag zu Tag. Drei Bataillone stehen bereits gegenüber Mytilene in Aivala, 3 000 Mann in Dikeli und 5 000 in Bergama.

Saloniki, 24. Jan. Türkische Offiziere studieren, ohne hierbei von den Bulgaren behindert zu werden, die Stellungen bei Kantschi, Gümüshisina und Debeagatsch. Auch die Bulgaren verstärken ihre Truppen an der serbischen Grenze. Eine Division bulgarischer Truppen ist nach der Gegend von Strumniza abgegangen.

Die rumänische Kammer aufgelöst.

Bukarest, 24. Jan. Der Ministerpräsident verlas heute im Senat einen Erlass, durch den das Parlament aufgelöst wird und die Neuwahlen für den 26. Februar anberaumt werden. Das neugewählte Parlament tritt am 6. März zusammen.

Der Streik in London.

London, 25. Jan. Der Streik in London droht einen derartigen Umfang anzunehmen, daß etwa 200 000 Arbeiter sich binnen kurzem in Ausstand befinden werden.

Geiern haben die Maurer aus Sympathie für die streikenden Kohlenarbeiter sich geweigert, neue Verträge zu unterschreiben, nach denen sie verpflichtet gewesen wären, mit nicht lizenzierten Maurern zusammenzuarbeiten. Die Arbeitgeber haben infolgedessen die Aussperrung beschlossen. Bereits 45 000 Mann sind beschäftigungslos.

Das Kriegsgericht in Natal.

Pretoria, 24. Jan. Wie man erfährt, wird ein Kriegsgericht zusammentreten, um über 4 Männer summarisch abzuurteilen, von denen 2 angeklagt sind, eine Explosion verursacht, und 2 sich im Besitze von Explosionsstoffen befunden zu haben. Die Bestimmungen über den Belagerungszustand setzen darauf die Todesstrafe.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Ankerate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Geschäftliches.

Die Ziehung der Baden-Badener Geld-Lotterie findet am Samstag, den 31. Januar 1914, nachmittags halb 3 Uhr, statt. Dieselbe vollzieht sich in Baden-Baden, Notariat I, öffentlich in Gegenwart von zwei Stadträten. Die Lose erfreuen sich bis heute einer sehr großen Beliebtheit und ist die Annahme berechtigt, daß die Lose einige Tage vor Ziehung ausverkauft sein werden. Lose à 1 Mk. (11 Lose 10 Mk.) sind, solange Vorrat reicht, bei Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Sträßburg, Langstraße 107, Filiale: Kehl a. Rh., Hauptstr. 47, sowie allen bekannten Losverkaufsstellen zu haben.

Wasserstand des Rheins.

26. Januar.
Schusterinsel 1.85 m, gef. 2 cm, Kehl 2.17 m, gef. 8 cm
Marau 3.78 m, gef. 4 cm, Mannheim 3.02 m, ref. 13 cm.

Vereinsanzeiger.
Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abt. Südstadt.) Heute Montag nach dem Turnen im „Landauer Hof“ Abteilungssammlung mit Vortrag, wozu auch die passiven Mitglieder freundschaftlich eingeladen sind. 6901
Karlsruhe. (Sängerlied.) Mittwoch, 28. Januar, abends 7/9 Sitzung in der „Nacht am Rhein“. 6897

Blondes Haar



denkt nach, was auf die übermäßige Fettabsorption, dem Anlegen von Staub und Schmutz zurückzuführen ist. Wie leicht kann diesem Uebel vorgebeugt werden, wenn man das so beliebte millionenfach erprobte

„Kamillen-Shampoo“
mit dem **schwarzen Kopf**

wöchentlich zweimal regelmäßig angewendet.

Die Haare werden von Unreinigkeiten befreit, die schöne, natürliche Farbe tritt in Ihre Rechte.

Der Erfolg, den unser allseitig bekanntes und beliebtes **Kamillen-Shampoo mit dem schwarzen Kopf** tagtäglich erzielt, zeigt sich am besten darin, daß eine Unzahl Nachahmungen von recht zweifelhafter Natur in den Handel gebracht werden, weshalb man beim Einkauf besonders auf die nebenstehende Schutzmarke achten möge.

Unser **Kamillen-Shampoo mit dem schwarzen Kopf** ist ein mildes, durchweg einwandfreies Präparat, während, wie die Untersuchungen ergeben haben, die Nachahmungen oft ätzende Stoffe enthalten und so statt einer rationellen Haarpflege den Haarausfall befördern.

Kamillen-Shampoo mit dem schwarzen Kopf ist in Original-Paketen Paket 25 Pfg., 7 Pakete Mk. 1.50 in allen Schutzmarke. Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Alleinige Fabrik:
Hans Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N. 37.

Ca. 20000 Dosen Konserven

zu Ausnahmepreisen

Nur 3 Tage! Montag, Dienstag, Mittwoch.

Geschwister
KNOPF

Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Am Mittwoch, den 28. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 13, eine

Partei-Versammlung

statt.

1. Abrechnung vom III. Quartal 1913/14.
2. Vortrag über:

Die deutschen Aktien-Gesellschaften.

Vortragender: Leopold Hüfner.

Wir erlauben um zahlreichen Besuch. 6909

Der Vorstand.

Eilt! Garantiert

31. Januar Ziehung der **Grossen B.-Badener Geld-Lotterie**

2165 Geldgew. ohne Abzug
23000 Mk.
Hauptgewinn
10000 Mk.

Soldatenheim-Lotterie
des Bad. Regiments Nr. 112
1817 Geldgewinne bar ohne Abzug
Ziehung sicher 28 Februar
10000 Mk.
Hauptgewinn
4000 Mk.

B. Badener Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.
Soldatenheim-Lose à 50 Pfg., 11 Lose 5 Mk.
Porto und Liste je 25 Pfg.
empfiehlt Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer

Sträßburg i. E., Langstraße 101.
Filiale: Kehl a. Rh., Hauptstr. 47.
In Karlsruhe: Carl Götz,
Nebelstr. 11/15, E. Flage

Leopold Kölsch

Karlsruhe — Kaiserstrasse 211

Stammhaus gegründet 1844.

Der diesjährige 6913

Inventur-Räumungsverkauf

beginnt

Montag, 2. Februar.

Erwarten Sie diesbezügliche Anzeigen!

3 Zimmer-Wohnung
im Preise von 400—450 Mark zu mieten gesucht. — Gef. Offerten unter Nr. K. an die Expedition des „Volksfreund“.

Stubenvogel

haben fast alle Vögel, welche nicht nur lästige, sondern auch sehr gefährlich sind; sie verursachen das Ausfallen der Federn, Katarakte, Abzehrung der Vögel usw. Die Folge ist, daß ein guter Sänger nicht mehr singt. Dieses ist zu beheben od. vorzubeugen. b.

Extrakt-Vogelband

Säcken 25 Pfg. Zu haben in den Drogerien u. Samenhandlungen.

Engros: G. Prohmann
Jnh. J. Kasterer
Groß-Postl., Karlsruhe
Erbsengartenstr. 32 6910

Müllabfuhr.

Am Dienstag den 27. ds. Mts. (Geburtsfest Seiner Majestät des Kaisers), wird kein Müll abgeholt. Dafür wird am darauffolgenden Tag die Abfuhr im ganzen Stadtgebiet vollzogen werden. 6899
Karlsruhe, den 23. Jan. 1914.
Städt. Tiefbauamt.

Bekanntmachung.

Im Hundezwinger des städt. Baierenmeisterei Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn) befindet sich nachstehende herrenlose Hunde:

1. Gelber Boxer, weißl.
2. Dobermann, männl.
3. Foxterrier, männl.
4. Boxer, männl.
5. Spitzer, männl.

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen abgeholt sind, getötet bezw. versteigert.
Karlsruhe, den 23. Jan. 1914.
Städt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion. 6910

Städt.
Arbeitsamt

Gesucht 6553

für sofort und 1. Februar:
Herrschfts-Köchinnen, Mädchen die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit u. zum Aufräumen, Zimmermädchen.

Städt. Arbeitsamt

(weibl. Arbeitsnachweis)
Bähringerstr. 100 Tel. 949.

Klavier-Unterricht.

Konfessionell geb. Fraulein erteilt gründl. Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene bei mäßiger Honorar. Käf. Wöndelstraße 2, 2. Stod. 6762

Getragene u. neue Herren- und Damenkleider

Weißzeug, Uhren, Möbel
kauft man am allerbilligsten und besten bei der altbekanntesten Firma 6918

H. Waier,

Markgrafenstraße Nr. 16.
Kattensänger, 11 Bogen alt, unter Garantie für den billigsten Preis von 10 Mk zu verkaufen: Offenweinststraße 42, Hinterhaus, 2. Stod. 6842

Linoleum

in allen Preislagen
Linoleum-Läufer
Linoleum-Teppiche
erhalten Sie
äußerst preiswert im
Kaufhaus Zapf
Zell a. H.

